

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ralf Reppert (CDU)

vom 16. Januar 2006 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Januar 2006) und **Antwort**

Kinderlärm ist Zukunftsmusik!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Gibt es derzeit in Berlin anhängige juristische Auseinandersetzungen zwischen Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendarbeit, Schulen oder weiteren Einrichtungen, in denen sich Kinder regelmäßig aufhalten, und Anwohnern bzw. Nachbarn dieser Einrichtungen?

Antwort zu 1: Juristische Auseinandersetzungen zwischen Einrichtungen der Jugendarbeit und Anwohnern wurden uns aus zwei Bezirken mitgeteilt. Für den Bereich der Kindertagesstätten ist nur eine juristische Auseinandersetzung einer Anwohnerin gegenüber einer Elterninitiative bekannt. Über den Verlauf und den Stand des Verfahrens liegen keine konkreten Erkenntnisse vor.

Frage 2: Wenn ja, wie viele Einrichtungen welcher Art sind jeweils wo in Berlin betroffen?

Antwort zu 2: Von den Bezirken Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf wurde mitgeteilt, dass bezüglich einer Jugendfreizeiteinrichtung ein juristisches Klageverfahren anhängig ist.

Frage 3: In wie vielen und in welchen dieser Fälle ist der Grund für die juristische Auseinandersetzungen mutmaßliche Lärmbelästigung durch den Betrieb der Einrichtung?

Antwort zu 3: Siehe Nr. 2.

Frage 4: Welchen Verfahrensstand haben jeweils diese juristischen Auseinandersetzungen derzeit?

Antwort zu 4: Siehe Nr. 2. In Treptow-Köpenick ist nach einer gerichtlichen Durchsetzung von Auflagen im Jahr 2003 erneut eine Klage anhängig.

Frage 5: Wie viele Mediationsverfahren oder andere außergerichtliche Verfahren laufen derzeit aus welchem Grund bezüglich der unter 1. genannten Auseinandersetzungen wo in Berlin?

Antwort zu 5: Ein Mediationsverfahren ist nur aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf bekannt - es führte allerdings nicht zu einem tragfähigen Kompromiss. Der Ausgleich der Interessen von Anwohner/innen und von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit Jugendfreizeiteinrichtungen ist eine regelmäßige Aufgabe der Beschäftigten in Jugendfreizeitstätten und den bezirklichen Jugendämtern. In aller Regel werden hier Lösungen gefunden, die für alle Beteiligten tragbar sind, so dass es nicht zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt. Häufig sind damit Einschränkungen der Angebote der Jugendfreizeitstätten verbunden. Der Umfang dieser Konflikte kann hier zahlenmäßig nicht dargestellt werden.

Frage 6: Gab es seit dem Jahr 2000 in Berlin juristische Auseinandersetzungen zwischen Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendarbeit, Schulen oder weiteren Einrichtungen, in denen sich Kinder regelmäßig aufhalten, und Anwohnern bzw. Nachbarn dieser Einrichtungen?

Antwort zu 6: Siehe Nr. 2 und 4.

Frage 7: Wenn ja, wie viele Einrichtungen welcher Art sind jeweils wo in Berlin betroffen?

Antwort zu 7: Siehe Nr. 2.

Frage 8: In wie vielen und in welchen dieser Fälle ist der Grund für die juristischen Auseinandersetzungen mutmaßliche oder tatsächliche Lärmbelästigung durch den Betrieb der Einrichtung?

Antwort zu 8: Siehe Nr. 2.

Frage 9: Wie viele dieser juristischen Auseinandersetzungen wurden gerichtlich mit jeweils welchen Ergebnissen beendet?

Antwort zu 9: Siehe Nr. 2. Nach Mitteilung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick wurden im Zuge des Klageverfahrens bezüglich des Nutzungskonzeptes für die Einrichtung Auflagen zur Betreibung durchgesetzt, die in Einschränkungen des Angebotes bestanden.

Frage 10: In wie vielen Fällen führte die entsprechende Entscheidung zur Einschränkung des Betriebes, Beendigung oder Nichtaufnahme des Betriebes (bitte getrennt auflisten)?

Antwort zu 10: Siehe Nr. 9.

Die Beendigung des Betriebes einer Jugendfreizeiteinrichtung ist durch die Bezirke nicht mitgeteilt worden.

Frage 11: Wie viele Mediationsverfahren oder andere außergerichtliche Verfahren wurden bisher bezüglich der unter 6. genannten Auseinandersetzungen wo, auf welche Art und mit welchem Ergebnis in Berlin beendet?

Antwort zu 11: Siehe Nr. 5.

Es gibt gegenüber Kindertagesstätten Anwohnerbeschwerden über Lärmbelästigung, die aber nicht in Form von juristischen Streitverfahren ausgetragen werden.

Die Äusserungen der bezirklichen Fachbereiche Umwelt sind in einer tabellarischen Zusammenfassung beigefügt.

Berlin, den 28. März 2006

In Vertretung

Krautzberger

.....
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. März 2006)

Äusserungen der bezirklichen Fachbereiche Umwelt zur Kleinen Anfrage, Drs. 15/13 164

Mitte	zu Frage 6 Seit 2000 wurden in 2 Fällen rechtliche Schritte gegen das Bezirksamt - u.a. auch eine Untätigkeitsklage - angedroht. Ein Vorgang hat sich durch ein aufwendiges Clearingverfahren erledigt. In einem zweiten Vorgang sind rechtliche Schritte von der Anwohnerschaft angedroht. Es gab 3 Petitionen und 2 Fachaufsichts- bzw. Dienstaufsichtsbeschwerden.
Friedrichshain-Kreuzberg	zu Frage 8 Wegen bezirkseigener Einrichtungen gab es seit 2000 keine juristischen Auseinandersetzungen. Für die ca. 160 Kindertagesstätten in freier Trägerschaft kann keine Aussage getroffen werden. zu Frage 11 Es sind keine Mediations- und andere außergerichtliche Verfahren bekannt geworden.
Pankow	zu den Fragen 8, 9, 10 In 3 Fällen: Skateboardanlage (Einschränkung der zeitlichen Nutzung und bauliche Veränderungen wegen Überschreitung der Immissionsrichtwerte), Schulsportplatz (Klage wurde abgewiesen), Ballspielplatz (Tischtennisplatte statt Streetballkorb). zu Frage 11 Vor 2002 liegen fusionsbedingt keine Unterlagen mehr vor; in der Zeit von 2002 bis 2005: 16 Mediations- oder andere außergerichtliche Verfahren, davon: 4 Erledigungen durch Vermeidung illegaler Nutzung, 5 Erledigungen durch Regelung der Nutzungszeiten, 2 Erledigungen durch Einschränkungen der Nutzung, 1 Erledigung durch Schließen eines Ballspielplatzes, 4 Erledigungen durch fehlenden Handlungsbedarf.
Charlottenburg-Wilmersdorf	zu Fragen 8 und 11 Seit 2000 18 Beschwerden (Schulen inkl. Schulsport, Kitas, Spiel-, Bolzplätze), 2 Klagen gegen die Baugenehmigung bzw. Nutzungsänderung von Schulen, 2 Klagen gegen Bolzplätze wegen Lärm zur Abend- und Nachtzeit. Mediationsverfahren sind nicht bekannt.
Spandau	zu Fragen 8 und 11 Keine juristischen Auseinandersetzungen, Mediationsverfahren oder andere außergerichtlichen Verfahren bekannt
Steglitz-Zehlendorf	zu Fragen 8 und 11 Seit 2000 1 Einstellung eines Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht wegen Lärmbelästigungen durch eine Privatschule, 1 Anwohnerklage gegen ein Jugendfreizeitheim, da ein Mediationsversuch nicht zu einem tragbaren Kompromiss führte, 1 anhängiger Rechtsstreit gegen Kita-Lärm, mehrere Fälle zu Lärm von Bolzplätzen, Schulhöfen und Sportplätzen. Über juristische Auseinandersetzungen zwischen privaten Kinderbetreuungseinrichtungen und Anwohnern vor ordentlichen Gerichten liegen keine Erkenntnisse vor.
Tempelhof-Schöneberg	Fehlanzeige
Neukölln	Fehlanzeige
Treptow-Köpenick	zu Fragen 8 und 11 4 Fälle mit ordnungsbehördlichen Maßnahmen (3 Ordnungswidrigkeitenverfahren, 1 Verwaltungsverfahren) wegen unzulässigem Lärm, keine Mediationsverfahren oder andere außergerichtliche Verfahren
Marzahn-Hellersdorf	2 Klagerücknahmen auf Vergleichsbasis
Lichtenberg	zahlreiche Beschwerden, vereinzelt zivilrechtliche Klagen von Anwohnern über Lärm von Spiel- und Bolzplätzen
Reinickendorf	seit 2000 keine juristischen Auseinandersetzung